

Wortprotokoll der 2. Sitzung

Ad-hoc-Arbeitsgruppe „EVU-Klagen“

Berlin, den 22. Juni 2015, 15:00 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Raum E 200

Vorsitz:

- Prof. Dr. Gerd Jäger
(Sitzungsleitung)
- Jörg Sommer

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Begrüßung	Seite 4
Tagesordnungspunkt 2 Aktuelles	Seite 4
Tagesordnungspunkt 3 Rückblick zum Bürgerdialog Standortsuche am 20. Juni 2015 Mögliche Schlussfolgerungen im Sinne des lernenden Verfahrens	Seite 8
Tagesordnungspunkt 4 Nachlese der Diskussion des AG-Berichtes in der vergangenen Sitzung der Endlagerkommission	Seite 14
Tagesordnungspunkt 5 Beschlussempfehlung an die Kommission zum Umgang mit den EVU-Klagen und ggf. weiteren Konflikten im Umfeld der Kommissionsarbeit	Seite 15
Tagesordnungspunkt 6 Verschiedenes	Seite 28

Teilnehmer:

Dr. h.c. Bernhard Fischer
Edeltraud Glänzer
Michael Müller
StM'in Priska Hinz
Prof. Dr. Gerd Jäger
Erhard Ott
Jörg Sommer

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie ganz herzlich begrüßen, insbesondere die Teilnehmer der Arbeitsgruppe, aber auch unsere Gäste und die Stenografen, die heute freundlicherweise wieder ein Wortprotokoll erstellen werden. Es gibt keine Tonaufzeichnung oder sonstige Aufzeichnungen, die öffentlich gestellt werden, es sei denn, es würde als solches explizit gewünscht. Das ist im Moment aber nicht vorgesehen.

Zum Teilnehmerkreis möchte ich Folgendes sagen: Kurzfristig absagen musste Frau Heinen-Esser. Herr Müller ist heute dankenswerterweise mit dabei; er hat entsprechend kurzfristig reagiert. Vielen Dank auch dafür. Herr Kanitz musste kurzfristig absagen - kurzfristig im Vergleich zu den schon etwas längerfristigen Absagen von Herrn Miersch zum Beispiel. Wir sind insofern vollzählig.

Dann würde ich in die Tagesordnung einsteigen und Sie fragen wollen, ob Sie mit der vorgeschlagenen Tagesordnung einverstanden sind. Ich würde vorschlagen, dass uns Herr Dr. Fischer angesichts der aktuellen Entwicklungen bei den Themen „Zwischenlagerung bzw. Rückführung der Wiederaufarbeitungsabfälle aus dem Ausland“ eine kurze Information dazu gibt, was wir am Freitag und zum Teil auch in der Folge in den letzten Tagen in der Presse verfolgen konnten. Insofern wäre mein Vorschlag, dass wir das unmittelbar vor dem Eintritt in die Tagesordnung unter Punkt 2 behandeln.

(Michael Müller: Frau Hinz als betroffenes Land auch!)

Frau Hinz, wenn Sie das ergänzen und kommentieren wollen, können Sie das selbstverständlich tun.

Ich stelle noch einmal die Frage, ob Sie mit der so ergänzten Tagesordnung einverstanden sind. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 2

Aktuelles

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Dann können wir in der Tat beginnen, indem wir den eingeschobenen Punkt „Aktuelles“ ansprechen. Ich würde zunächst Herrn Dr. Fischer bitte, uns zu informieren, wie sich das aus seiner Sicht darstellt.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Das, was letzte Woche in Berlin im Hause des Umweltministeriums passiert ist, hat tatsächlich einen sehr aktuellen Charakter bzw. eine sehr aktuelle Bedeutung für das, was wir hier tun. Wir haben gerade in unserer letzten bzw. ersten Zusammenkunft hier über die Struktur und über die Inhalte der Klagen, die die EVUs eingereicht haben, berichtet. Insofern gibt es hier jetzt speziell für das Thema, das vielleicht im Zusammenhang mit dem Standortauswahlgesetz steht, eine neue Entwicklung.

Wie Sie wissen, haben wir uns als EVUs gegen die im Standortauswahlgesetz in Artikel 2 festgelegte Regelung gewehrt, dass das Standortzwischenlager in Gorleben von uns nicht mehr für die Einlagerung der Wiederaufarbeitungsabfälle genutzt werden darf, aber nicht vor dem Hintergrund, dieses jetzt auch vorrangig wieder zu aktivieren, sondern eher gegen den Enteignungscharakter ohne Kompensation. Das war im Grunde genommen unsere Wahrnehmung.

Es hat relativ früh nach der Verabschiedung des Standortauswahlgesetzes eine Reihe von Diskussionen gegeben, aber sehr lange gedauert, bis sich das Umweltministerium im Frühjahr dafür entschieden hat, eigenständig einen Vorschlag zu unterbreiten, der dann auch von der Umweltministerin am vergangenen Freitag den CEOs der EVUs vorgestellt worden ist.

Dort ist also ein Konzept für die Zwischenlagerung der Wiederaufarbeitungsabfälle mit vier Standorten vorgestellt worden.

(Michael Müller: Was passiert, wenn Bayern Nein sagt? - Erhard Ott: Dann kriegen sie es trotzdem!)

Wir als die Energieversorger haben zunächst einmal begrüßt, dass es dieses Konzept jetzt gibt und uns grundsätzlich dazu bekannt, dass es unser Interesse ist, hier sehr zügig an einer Rückführung der Wiederaufarbeitungsabfälle mitzuwirken.

Wenn ein solches Konzept auf den Tisch gelegt wird, dann besteht natürlich erst einmal die Notwendigkeit, dieses auch vollständig zu verstehen. Wir haben versucht, das in diesem Gespräch, das mit den CEOs geführt worden ist, zu erreichen. Allerdings konnten dort natürlich nicht alle Details dieses Konzeptes diskutiert werden. Insofern hat sich das Umweltministerium bzw. die Umweltministerin mit den CEOs darauf geeinigt, dass man eine Arbeitsgruppe einrichtet, die die offenen Fragen, die dieses Konzept noch aufwirft, bearbeiten und dann auch einer Lösung zuführen soll.

Die Tatsache, dass dieses Konzept vorgelegt worden ist und dass hier die Bereitschaft besteht, letztendlich eine gemeinsame Lösung zu finden, wurde begleitet von dem Angebot der EVU, die laufenden Verfahren, die im vergangenen Herbst in diese Richtung angestrengt worden sind, zunächst einmal ruhend zu stellen, damit diese Verhandlung oder die weitere Ausarbeitung des Konzeptes auch in ruhiger Atmosphäre stattfinden kann.

Dieses, denke ich, ist ein Stück weit auch ein Signal an uns, an die Kommission. Denn wie ich eingangs schon sagte, ist das natürlich eine Situation gewesen, die bei uns in der Kommission schon im vergangenen Herbst zu Diskussionen geführt hat, nämlich darüber, ob diese Klagen

letztendlich einen Zusammenhang mit der Kommissionsarbeit haben und unsere Kommissionsarbeit beeinflussen.

Insofern können Sie davon ausgehen, dass wir als EVU beantragen werden, diese Klagen zunächst einmal ruhend zu stellen. Zudem ist es dann noch notwendig, dass die Länder dem auch zustimmen. Ich gehe einmal davon aus, dass das geschehen wird; denn das ist immer eine zweiseitige Geschichte. Wir können das beantragen, und die Gerichte werden dann an die Länder herantreten und dort nachfragen, ob das auch aus Ländersicht so gemacht wird.

Wir als EVUs haben in dem Gespräch abschließend nochmals unsere Bereitschaft erklärt, hier gemeinsame Lösungen zu finden. Allerdings gab es, wie gesagt, noch offene Punkte, und deswegen musste auch noch der Vorbehalt gemacht werden, dass das Ganze genehmigungsrechtlich, wirtschaftlich, nach Aktienrecht akzeptabel und auch rechtssicher umgesetzt werden kann. Das ist, glaube ich, aber etwas, was am Ende immer noch einmal gesagt werden muss, bevor man eine abschließende Bewertung machen kann. Das ist der Status, und wir werden diese Themen, wie gesagt, jetzt direkt mit dem BMUB weiterentwickeln. - Herzlichen Dank erst einmal.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer, für diese Informationen und auch für die ergänzenden Hintergründe, die Sie erläutert haben, die in der Tat unmittelbar im Kontext mit den Themen stehen, die wir in unserer letzten Sitzung besprochen haben. Ich möchte dem nicht vorgreifen, aber auch in dem Papier, das Herr Sommer uns für die heutige Sitzung zur Verfügung gestellt hat, ist ein solcher Punkt angesprochen: Deeskalation von Konflikten, das heißt Zurückführung von eskalierten Konflikten auf die nächst niedrigere Stufe. Mir scheint dass schon jetzt ein sehr praktisches Beispiel mitten aus dem Leben zu sein, das sich dort einordnen lässt.

Soweit die Informationen von Herrn Dr. Fischer.
- Frau Ministerin Hinz, wollen Sie es ergänzen oder kommentieren?

StM'in Priska Hinz: Auch ich bin froh, dass es jetzt einen Vorschlag gibt, der auf dem Tisch liegt. Wir waren ganz kurz im Vorfeld eingebunden durch Informationen. Hessen hatte schon vor längerer Zeit gesagt - zumindest seit dem letztem Jahr -, dass wir uns grundsätzlich vorstellen können, auch Castoren zurückzunehmen, weil die Grundlage für das Standortauswahlgesetz war, dass Gorleben nicht mehr infrage kommt.

Für uns spielte es immer eine Rolle, dass bei der Neuverteilung der Castoren, die zurückgeholt oder zurückgenommen werden müssen, der Platz in den bisher vorhandenen Zwischenlagern vorhanden ist, dass die Transportmöglichkeiten zweifelsfrei gegeben sind, dass die technische Machbarkeit vorhanden ist und dass natürlich auch die Sicherheitsaspekte vollständig abgeprüft sind. Denn was das verstrahlte Rückbaumaterial angeht, so müssen wir immer dafür werben, dass die Bevölkerung es noch über viele Jahrzehnte akzeptiert, bis wir ein Endlager haben, das die Sicherheit gewährleistet.

Das scheint mir mit dem Konzept, das von Frau Hendricks vorgelegt wurde, tatsächlich auch erfüllt zu sein. Wir hoffen darauf, dass die Energieversorger das Konzept jetzt schnellstmöglich abprüfen. Schließlich müssen Sie die Anträge stellen, und das BfS muss genehmigen. Ich habe letzten Freitag gesagt, wir stellen uns der Verantwortung, auch wenn es ein bisschen merkwürdig ist, dass Grüne jetzt dafür sorgen müssen, den Atom-müll zurückzuholen und zu entsorgen, obwohl wir immer gegen diese Atomenergie waren. Nichtsdestotrotz stellen wir uns gerade deshalb der Verantwortung.

Wenn Sie jetzt sagen, es sei wichtig im Hinblick auf Deeskalation auf eine nächst niedrigere Stufe, würde ich mir allerdings wünschen - dieses Land sitzt jetzt leider nicht am Tisch -, dass die Deeskalation auch von Bayern betrieben wird. Denn

es macht keinen Sinn, dass ein Land, das grundsätzlich auch infrage kommt, in dem die Kriterien auch zutreffend sind und das in Bezug auf den Atommüll außerdem ein stark verursachendes Land war - das muss man schließlich auch sehen -, dann einfach sagt: Auch das wollen wir nicht. Wir wollen keine Stromtrassen, wir wollen keine Castoren, sondern wir nehmen uns nur das Schönste und Beste, was das Land hergibt, aber Unannehmlichkeiten wollen wir nicht.

Das halte ich schon für schwierig. Ich gehe aber davon aus, dass die politische Kraft auch innerhalb der Bundesregierung mit den anderen Ländern so weit reicht, dass man diesen Widerstand überwinden kann.

Richtig finde ich, dass die EVUs jetzt ihre Klagen ruhen lassen. Sollte die Anfrage kommen, werden wir dem natürlich zustimmen, dass das insgesamt zurückgenommen wird. Denn es wäre irgendwie ein bisschen irre, wenn wir sagen würden, wir wollten unbedingt diese Klage. Schließlich hätten wir gern auch noch ein paar andere Klagen vom Tisch. Aber das wäre auch im Sinne der Deeskalation durchaus hilfreich.

Ich glaube, das wäre zusammen mit der Veränderungssperre, die wir jetzt für zwei Jahre im Bundesrat beschlossen haben, in Bezug auf Gorleben ein weiterer Teil dessen, was insgesamt zur Deeskalation in der Endlagerkommission und damit auch zu einer Verbesserung des Klimas im Hinblick auf das Finden von Kriterien für eine Endlagersuche beiträgt.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Frau Hinz. - Ich habe noch zwei Wortmeldungen von Herrn Sommer und Herrn Ott. Vielleicht können wir es dann auch dabei bewenden lassen, obwohl der Zusammenhang mit dem, was wir zu behandeln haben und was wir im Zuge der Tagesordnung noch konkretisieren wollen, sehr aktuell ist. Insofern haben wir hier ein sehr praktisches Beispiel, das am Ende die Glaubwürdigkeit und die Arbeitsweise der Kommission sehr nachhaltig unterstützen kann. - Herr Sommer.

Vorsitzender Jörg Sommer: Wir wollten das Thema heute nicht bis ins Detail diskutieren, aber gerade als Umweltvertreter in der Kommission möchte ich sagen, dass der Weg hin zur Deeskalation, der vor uns liegt, noch ein sehr langer ist.

Aber gerade deshalb ist dieser erste Schritt so wichtig und so richtig, wie er gegangen wurde, und zwar sowohl seitens des Bundesumweltministeriums und der EVUs. mit dem Signal, zu sagen: „Wir möchten zunächst einmal zumindest die für diesen Sachverhalt relevanten Klagen gern ruhen lassen“, als auch seitens der Länder. Das gilt zumindest für diejenigen Länder, die respektieren und tolerieren, dass sie jetzt natürlich auch nicht unbedingt weniger Belastungen ausgesetzt sind.

Bei der Gelegenheit, denke ich, werden wir, wenn wir nachher über unser Papier zum Umgang mit Konflikten diskutieren, feststellen, dass sich das, was wir da in der Vorlage haben, durch eine glückliche Fügung in der Realität schon jetzt ein ganz kleines bisschen andeutet. Darüber hinaus glaube ich, dass wir alle miteinander auf einem guten Weg sind.

Eines muss ich als Umweltvertreter natürlich noch betonen: Die Situation in den Zwischenlagern - im Übrigen sowohl die rechtliche als auch die sicherheitspolitische - wird durch den Beschluss natürlich nicht einfacher werden. Das ist uns auch allen klar. Das ist noch eine ganz große Baustelle, die heute allerdings nicht unsere Diskussion prägen soll.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Sommer. - Herr Ott.

Erhard Ott: Ich glaube, man hat schon bei der Veranstaltung am Samstag und bei den Gesprächen am Rande gemerkt, dass die Ankündigung von Frau Hendricks von Freitag ein Stück weit dazu beigetragen hat, dass ein konfliktträchtiges

Diskussionsthema zumindest etwas heruntergefahren werden konnte. Das finde ich auf der einen Seite ausgesprochen positiv.

Auf der anderen Seite möchte ich noch einmal an eines erinnern: Die Aufforderung an die Bundesländer stammt, glaube ich, vom November letzten Jahres.

(Edeltraud Glänzer: Unglaublich!)

Außer Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg hat sich in der Zwischenzeit kein Land konkret geäußert. Insofern ist der Vorstoß von Frau Hendricks und den EVUs, meine ich, ein richtiger Schritt gewesen. Die Reaktion aus Bayern ist allerdings auch aus meiner Sicht völlig inakzeptabel. Denn alle müssen sich der Verantwortung stellen. Darüber sind wir uns, glaube ich, zumindest in dieser Runde im Klaren.

Was ich besonders positiv finde, ist, dass gerade mit Blick auf die heutige Situation oder Sitzung der Arbeitsgruppe, ohne dem Papier jetzt vorgreifen zu wollen, ein in der Tat - ich habe das auch in der ersten Sitzung schon gesagt - konfliktträchtiges Thema, das die Arbeit der Kommission auch ein Stück weit belastet, deeskaliert werden kann, auch wenn die Probleme damit noch nicht beseitigt sind.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Ott, auch Ihnen herzlichen Dank für diesen Beitrag. - Dann möchte ich in die Runde schauen, ob es weitere Anmerkungen oder möglicherweise Fragen in Richtung der Beiträge gibt. - Herr Müller und Frau Glänzer.

Michael Müller: Meine Frage ist, ob nur über Ruhendstellung der Klagen oder auch über Rückzug geredet wurde.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Im Moment ist angekündigt worden, dass wir die Klagen ruhend stellen. Im Zusammenhang mit den offenen Fragen

gibt es schließlich noch einiges zu klären. Insofern ist das momentan der offizielle Ansatz.

Es ist auch darüber gesprochen worden, dass für den Fall, dass für die noch offenen Themen Lösungen gefunden werden, die Klagen konsequenterweise auch zurückgezogen werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Danke schön, Herr Dr. Fischer. - Frau Glänzer.

Edeltraud Glänzer: Ich habe nur eine Frage zu dem Konzept. Werden wir, Michael Müller, in der nächsten Sitzung dazu eventuell ganz kurz weitere Informationen bekommen?

Michael Müller: Ja, natürlich. Wir haben das Ministerium bzw. die Landesvertretung gebeten.

Edeltraud Glänzer: Prima. Ansonsten kann ich nur noch einmal das unterstreichen, was mein Kollege Erhard Ott insbesondere mit Blick auf Bayern gesagt hat. Ich hatte vor mich hingemurmelt, das ist unglaublich. Ich finde wirklich, wir haben alle eine Verantwortung. Aber es ist gut, dass wir jetzt zumindest schon einmal das Konzept mit vier Standorten haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Dann werden wir unser „Konfliktlösungspapier“ vielleicht schon verabschiedet haben und es den Kolleginnen und Kollegen in Bayern zur Verfügung stellen. Das sage ich aber außerhalb des Protokolls.

(Zuruf: Nein, das notieren wir! Das lassen wir drin im Protokoll!)

- In Anführungszeichen kann das gerne ins Protokoll.

Meine Damen, meine Herren, dann würde ich vorschlagen, dass wir dieses Thema hiermit abschließen. Es wird uns in der Folge sicherlich noch beschäftigen. Aber für den heutigen Tag, denke ich, sind damit der nötige Input und auch eine gute Bewertung bereits erfolgt.

Tagesordnungspunkt 3

Rückblick zum Bürgerdialog Standortsuche am 20. Juni 2015. Mögliche Schlussfolgerungen im Sinne des lernenden Verfahrens

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Das war am letzten Samstag. Denjenigen, die anwesend waren, ist das sicherlich noch alles in bester Erinnerung. Ich würde vorschlagen und Sie auch bitten, dass wir, wenn Sie dem zustimmen, uns an der Stelle zeitlich etwas beschränken, dass wir nur die spontanen Eindrücke, die wir dazu haben und die sicherlich für unsere Arbeit in der Arbeitsgruppe relevant sind, hier austauschen.

Ansonsten wird das in der Arbeitsgruppe 1 im Kontext der Behandlung der Bürgerbeteiligung mit Sicherheit noch intensiv nachzubearbeiten sein. Das wird allerdings nicht nur in der Arbeitsgruppe 1 geschehen, sondern in der Folge natürlich auch in der Kommission.

Dennoch sollten wir hier die Gelegenheit nutzen, uns an diese Veranstaltung zu erinnern. Insbesondere diejenigen, die daran teilgenommen haben, sollten ihre wesentlichen Eindrücke einbringen. Wer möchte beginnen? - Frau Glänzer.

Edeltraud Glänzer: Jetzt fängt mit mir ausgerechnet jemand an, der nicht dabei sein konnte, weil - ich glaube, ich hatte das auch gesagt - ich am Wochenende familiäre Verpflichtungen hatte, nämlich die Hochzeit unserer Tochter.

Ich habe aber mit Kolleginnen und Kollegen gesprochen, die an der Tagung teilgenommen haben und von denen es ein sehr, sehr positives Feedback gegeben hat, und zwar erstens, dass diese Tagung stattgefunden hat, und zweitens, was die Atmosphäre anbelangt. Es ist natürlich kontrovers diskutiert worden - das ist auch richtig und wichtig, zumindest in einigen Arbeitsgruppen -, aber das ist auch sehr positiv aufgenommen worden. Des Weiteren wurde großes Interesse geäußert, das fortzusetzen.

Wir als IG BCE sind teilweise auch in Absprache mit dem DGB und anderen Jugendorganisationen dabei, insbesondere die junge Generation in den Blick zu nehmen. Dazu habe ich intern auch schon ein paar kleinere Veranstaltung und Workshops gemacht. Es ist also insgesamt ganz positiv aufgegriffen worden. Das war der erste Punkt.

Zweiter Punkt: Es ist nicht so richtig verstanden worden, warum es eine weitere Veranstaltung - man könnte auch Gegenveranstaltung sagen - dazu gegeben hat. Denn insbesondere die jungen Menschen haben gesagt: Mensch, das wäre doch eine gute Gelegenheit gewesen, einfach noch einmal stärker miteinander ins Gespräch zu kommen.

Ich habe noch eine dritte Anmerkung: Eine Woche vorher hat auch in der Evangelischen Akademie in Loccum eine Veranstaltung stattgefunden. Daraufhin hat man gesagt: Das ist auch gut und wichtig, aber kann man das nicht ein bisschen konzentrierter machen? - Aber es gab, wie gesagt, ein positives Feedback zu der Veranstaltung an sich.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Frau Glänzer. - Herr Dr. Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Als Teilnehmer an der Veranstaltung möchte ich denjenigen, die nicht dabei waren, vielleicht noch einmal einen kurzen Einblick in das geben, was teilweise im Detail diskutiert worden ist. Das war nämlich durchaus interessant.

Ich hatte gemeinsam mit Herrn Brunsmeier das Vergnügen, die Fokusgruppe Behördenorganisation zu moderieren bzw. zu begleiten. Wir waren keine Moderatoren, sondern diejenigen, die dort Eingangsstatements gehalten haben.

Das war insofern interessant, als wir erst einmal überrascht waren, dass das Thema es überhaupt geschafft hat, bis in diese Veranstaltung hineinzukommen. Denn wir hatten eigentlich geglaubt,

die Behördenorganisation sei vielleicht nicht unbedingt das Megathema. Aber es war für diejenigen, die da waren, das Megathema, und es gab ein sehr fachkundiges Publikum in unserer Arbeitsgruppe. Das waren sowohl Vertreter aus den Ministerien als auch Vertreter vom BfS, des DGB, aus unseren Unternehmen sowie Gewerkschaftsvertreter, die sehr inhaltlich diskutiert haben.

Interessant war für mich, dass es keine Diskussion darüber gab, ob es notwendig ist, die Behördenstruktur zu verändern. Es gab nur eine Diskussion darüber, wie man das jetzt letztendlich operativ umsetzt. Das ging teilweise soweit ins Detail, dass wir uns schon bedeckt halten mussten. Denn die Themen haben wir noch gar nicht diskutiert. Insbesondere Ihr Kollege, Herr Biermann, wollte von uns letztendlich schon wissen, wie wir den Personalübergang hinbekommen, wie möglicherweise aus den verschiedenen Organisationen Menschen mit unterschiedlichen Tarifverträgen da hineinkommen und ob vielleicht sogar Beamte integriert werden müssen. Das waren schon sehr operative Themen. Das fand ich schon interessant, dass sie sich mit der Sache an sich, dass wir nämlich eine solche Änderung vornehmen, längst auseinandergesetzt haben und sich jetzt Gedanken darüber machen, wie das am Ende ausgestaltet wird.

Interessant war aber auch, dass man sich Gedanken über die Frage gemacht hat: Wie bekommen wir es eigentlich hin, dass uns dieses Thema, das Wissen, das Know-how, das für die Lösung der Endlagerfrage im Moment schon vorhanden ist, auf dem Weg dorthin in diesem relativ langen Prozess, den wir ja noch vor uns haben, nicht verloren geht?

Das ist dort auch diskutiert worden, angefangen mit Forschungsfragen, die möglicherweise noch zu adressieren sind, über organisatorische und auch operative Fragen. Da saßen auch Leute mit am Tisch, die Bergbauerfahrung besaßen und gesagt haben: Mensch, uns gehen jetzt die Bergleute langsam, aber sicher verloren, zumindest diejeni-

gen, die sich jetzt schon seit Jahren mit der komplizierten Frage auseinandergesetzt haben, ob es hier denn nun ein Spezialwissen gibt oder nicht.

Es ist auch nicht nur bestehendes Wissen, das letztendlich irgendwo Gefahr läuft verloren zu gehen, sondern wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, wie neues Wissen, das jetzt vielleicht notwendig wird, für die Zukunft aufgebaut wird. Insofern werden wir uns - und das haben wir hier als Anregung durchaus so verstanden - neben der Frage, wie man jetzt die neue Organisation aufbaut, auch frühzeitig Gedanken über die Frage machen müssen: Wie bekommen wir, wenn es nach 2030 an die Umsetzung geht, die richtigen Leute ins Boot, die das dann auch realisieren können?

So gesehen handelte es sich um relativ praktische Fragen, die aber durchaus interessant waren und letztendlich auch neue Themenkomplexe eröffnet haben. Das war mein Eindruck aus dieser Arbeitsgruppe.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Dr. Fischer. - Herr Sommer.

Vorsitzender Jörg Sommer: Es ist heute nicht unsere Aufgabe, die ganze Veranstaltung zu evaluieren. Zum Glück haben wir auch den weisen Entschluss gefasst, eine externe Evaluation machen zu lassen. Da bin ich auch schon auf erste Zwischenergebnisse in der AG 1 gespannt.

Ich möchte mich jetzt nur auf die Punkte konzentrieren, die uns vor dem Hintergrund der Konflikte in dem Prozess beschäftigen könnten. Das ist vielleicht das Spannendste.

Insgesamt habe ich bereits eine sehr differenzierte Auswertung der Veranstaltung vorliegen, die im Grunde tatsächlich positiv ist. Allerdings soll man nicht unterschlagen, dass es sowohl in der Veranstaltung als auch in der Wahrnehmung der Veranstaltung bei den Teilnehmern doch auch einige Kritik gab, die nicht fundamental ist - das will ich auch dazu sagen -, sondern sich aus

der Prozedur, der tatsächlichen Möglichkeit, sich zu beteiligen, und auch aus der Tiefe und Offenheit einzelner Diskussionsprozesse ergibt.

Das werden wir noch einmal sehr genau evaluieren müssen. Ich sage einmal zwei Stichworte dazu: Rolle der Moderatoren. Da gibt es durch die Bank auch bei vielen Kommissionsmitgliedern die Einschätzung, die, glaube ich, im Vorhinein nicht so ganz glücklich geklärt war und dann eher der persönlichen Kompetenz des jeweiligen Moderators überlassen wurde.

Das Zweite ist die Rolle der Kommissionsmitglieder. Wir hatten uns mit Absicht nicht gegenseitig gebrieft, was ich sehr richtig und sehr gut fand. Aber das führte dazu, dass es Kommissionsmitglieder gab, die sehr defensiv und sehr zuhörend auftraten, und andere, die sich im Worldcafé und auch in den Fokusgruppen sehr stark einbrachten. Das wurde natürlich auch nicht immer von allen positiv gesehen. Es gab aber auch umgekehrt welche, die sagten: Die Kommissionsmitglieder sind zu leise. - Auch da haben wir die ganze Bandbreite. Wir müssen sicherlich im Sinne unseres berühmten lernenden Prozesses auch noch einmal genau diskutieren, wie der Auftritt der Akteure da sinnhaft sein kann.

Insgesamt habe ich aber das Gefühl: Wenn wir uns das in der Kommission noch einmal genau anschauen, können wir eines auf jeden Fall einlösen mit dieser Veranstaltung, und zwar diesen Anspruch „Wir wollen beteiligen lernen“. Ich glaube, wir können aus dieser einen Veranstaltung schon sehr viel Lernerfahrung mitnehmen, was wir alles tun können und was wir nicht tun können. Daran sollten wir arbeiten.

Zwei inhaltliche Punkte, die mir aufgefallen sind oder die ich aus der Veranstaltung im Kontext der Frage zum Umgang mit Konflikten oder nicht mitgenommen habe: Durch die Bank ist in ganz vielen Situationen, sowohl draußen in Einzelgesprächen als auch im Plenum, sogar im Worldcafé und auch in fast jeder Arbeitsgruppe,

immer wieder die Frage der Vertrauensbildung im Prozess thematisiert worden.

Wir dürfen kein Vertrauen voraussetzen. Der Prozess muss sich Vertrauen erarbeiten. Die Akteure müssen es sich erarbeiten. Da gibt es keinerlei Vorschuss; das wissen wir. Das geht aber nach Meinung sehr vieler Anwesender dort wohl nur, wenn wir uns auch nicht der Vergangenheit verschließen und den Prozess der Aufarbeitung und der Aussöhnung gemeinsam miteinander gehen. Wir können den wohl nicht ausklammern. Spätestens wenn wir in Bürgerdialoge gehen, werden wir immer wieder damit konfrontiert. Wir müssen darauf Antworten suchen. Das Finden ist dann der zweite Teil der Veranstaltung. Vielleicht kann man die Antworten auch gemeinsam mit Betroffenen finden.

Der zweite Teil ist ein sehr spannender Vorschlag, der übrigens in unserer Fokusgruppe, die eigentlich ein ganz anderes Thema hatte - da ging es um verursachergerechte Kosten -, aufpoppte. Dabei ging es um die Frage: Kann man Vertrauen in dem Prozess nicht auch erzeugen, indem man den gesamten, sehr lange dauernden Prozess mit wechselnden Akteuren durchläuft? - Wir sind jetzt ein Akteur, wir sind aber in einem Jahr kein Akteur mehr, jedenfalls nicht als Kommission, vielleicht als Einzelperson. Es soll alle möglichen Akteure geben, vom Begleitgremium bis hin in regionale Bereiche.

Die Frage ist also, ob man nicht so etwas wie einen Ombudsmann oder Beauftragten finden kann, der vielleicht auch parlamentarisch angesiedelt ist und der diesen ganzen Prozess ein Stück weit begleitet und ein bisschen die Adresse für Bürgerinnen und Bürger ist, die sich beteiligen wollen, in dem Beteiligungsprozess entweder ein Unwohlsein verspüren oder Fragen und Wünsche haben.

Das war eine Idee, die wir einmal in der Kommission bzw. in der AG 1 behandeln sollten. Ich halte sie noch nicht für beschlussreif, aber auf jeden Fall für berücksichtigungswert.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Sommer, auch Ihnen vielen Dank für die Eindrücke und Vorschläge, die Sie daraus ableiten. - Herr Müller.

Michael Müller: Wir werden sicher noch einmal ausführlich in der nächsten Kommissionssitzung darüber reden. Ich möchte deshalb noch ein paar Anmerkungen machen.

Manches habe ich nicht richtig begriffen, beispielsweise warum ein Vertreter von Demos am Anfang im Plenum reden musste. Das war mir unklar, und ist mir auch bis jetzt unklar.

Zudem fand ich auch die Berichte aus den Arbeitsgruppen im Plenum nicht besonders glücklich, und zwar nicht nur wegen des nicht lesbaren Textes, der an die Wand geworfen wurde, sondern sie waren einfach nicht strukturiert. Was die Moderatoren betrifft, sehe ich das genauso: Die waren zum Teil überfordert.

Ich möchte aber zwei Punkte etwas ausführlicher behandeln. Was mich heute sehr berührt oder bewegt hat, ist der Beitrag im „Tagesspiegel“, der unverändert voll polarisierend war.

Dazu möchte ich doch schon feststellen: Erstens hat diese Bürgerbeteiligung nicht mit der Veranstaltung begonnen, wie dort behauptet wurde. Das ist falsch. Zweitens stimmt es auch nicht, dass wir nicht dialogbereit waren. Wir haben sie auf der einen Seite zu Anhörungen eingeladen - sie sind nicht gekommen -, und zweitens haben wir mehrfach angeboten, auch beispielsweise nach Gorleben zu fahren, und auch das haben sie nicht angenommen. Das muss man schon so sagen.

Ich meine, dann kann man sagen: „Wir wollen diese Kommission nicht“, aber dann muss man auch umgekehrt sagen: Unbeschadet der Frage, wie ich zu der Kommission im Einzelnen stehe, gibt es in der Demokratie nichts Höheres als die beiden Gesetzgeber Bundestag und Bundesrat.

Das muss man schon akzeptieren. Wenn man das nicht akzeptiert, wird es insgesamt mit solchen Dialogen schwierig. Ich finde, damit muss man offensiver umgehen.

Ich bin sehr für Beteiligung. Es geht in einer Demokratie nicht ohne das Demos - das ist völlig klar -, aber umgekehrt gibt es in einer repräsentativen Demokratie auch Strukturen und Organisationsformen, die man beachten muss.

Als letzten Punkt möchte ich an das anknüpfen, was Herr Sommer gesagt hat. Ich teile das voll. Bei dieser Veranstaltung ist sehr deutlich geworden, dass wir es hier nicht nur mit technischen Problemen zu tun haben, sondern dass die ganze Verständigung zur Vertrauensarbeit, die man braucht, aus meiner Sicht nur möglich ist, wenn man erstens eine Form von Grundkonsens wieder aufbaut. Ich glaube, das eigentliche Problem in unserer Gesellschaft ist, dass wir heute keinen Grundkonsens mehr haben; wir haben kein Grundvertrauen mehr bzw. ist es ziemlich reduziert oder jedenfalls geringer als früher.

Zweitens müssen wir auch aufarbeiten, wie es überhaupt zu dem Problem gekommen ist. Wir werden sonst nicht glaubwürdig sein.

Ich bleibe dabei: Die Endlagerfrage ist kein zufälliges Produkt, sondern ein Produkt bestimmter Entwicklungen. Wir setzen immer wieder Prozesse in Gang, ohne vorher ausreichend über die Folgen nachgedacht zu haben. Daraus muss man Konsequenzen ziehen. Dasselbe gilt für den Klimawandel, dasselbe gilt für andere Eingriffen in unsere natürliche Umwelt usw. Wir können nicht so tun, als ob wir immer erst warten müssten, bis wir sozusagen vor einem fast unlösbares Problem stehen, sondern wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir solche Prozesse so gestalten, dass sie sozial und ökologisch verträglich werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Müller. - Frau Glänzer.

Edeltraud Glänzer: Danke. - Ich möchte nur ganz kurz eine Ergänzung zu dem machen. Das gilt natürlich auch für die Energiewende. Dort ist schließlich auch die Position: Wenn wir das wollen, dann müssen wir uns auch fragen, wie die Balance aussieht.

(Michael Müller: Darüber rede ich ja!)

- Genau.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank für den ergänzenden Beitrag. - Herr Ott.

Erhard Ott: Zunächst einmal möchte ich auf den kritischen Punkt eingehen, der bereits zweimal angesprochen worden ist. Die Meinung hinsichtlich der Berichterstattung über die Fokusgruppen im Plenum teile ich. Dabei sind viele konkrete Vorschläge untergegangen. Zumindest kann ich das für die Fokusgruppe sagen, in der ich war und in der die Frage behandelt wurde: Wie kann die Öffentlichkeit am Suchprozess beteiligt werden?

Dort sind konkrete Vorschläge gemacht worden, die dann in der Berichterstattung überhaupt nicht mehr aufgetaucht sind. Insofern möchte ich jetzt nicht wiederholen, was schon gesagt worden ist, sondern auf eine Frage eingehen, die sich auch durch die Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung gezogen hat. Wie beteiligen wir junge Menschen an der Arbeit der Kommission und in der Folge dann an der konkreten Endlagersuche?

Das war eine Frage, die bei mir in der Fokusgruppe durchaus eine Rolle gespielt hat, weil nämlich die jungen Menschen, die da waren, gefragt haben: Wieso sollen wir uns eigentlich beteiligen, wenn erst in einigen Jahrzehnten ein Endlager kommen wird? Das geht uns doch gar nichts an. - Was damit aufgezeigt wird, ist, glaube ich, genau dieser Spannungsbogen von der Arbeit der Kommission über die Endlagersuche, die Definition/Festlegung von Regionen und so weiter und so fort. Wir kennen den Prozess, jetzt junge

Menschen für das Thema zu interessieren, zu begründen und Formate zu finden, die sie auch annehmen, damit sie sich für das Thema insgesamt interessieren.

Ich fand es ausgesprochen bedauerlich, dass einmal mehr die Initiativen nicht teilgenommen haben. Hätte die Veranstaltung zu einem anderen Zeitpunkt stattgefunden, wäre ich gerne einmal in diese Alternativveranstaltung gegangen. Damit hat man auch den Kommissionsmitgliedern die Chance genommen, den Dialog weiterhin anzubieten, und das sollten wir themenbezogen als Kommission, denke ich, auf jeden Fall tun.

Woran, glaube ich, außerdem gearbeitet werden muss, ist die Frage: Wie kommen wir in den Medien überhaupt herüber? Schließlich war das nicht die erste Aktivität zur Beteiligung der Öffentlichkeit. Ich habe auch den Artikel im „Tagesspiegel“ gelesen, den ich eigentlich bezogen auf die Arbeit der Kommission und die Veranstaltung für eine Katastrophe halte, weil er überhaupt nicht widerspiegelt hat, was am Samstag bei der Veranstaltung der Kommission passiert ist. Ich glaube, das Thema „Medienarbeit“ müssen wir noch einmal gesondert diskutieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Ott. - Noch einmal vielen Dank an alle, die sich jetzt hier beteiligt haben. Ich denke, das sind sehr wichtige Hinweise für die Weiterentwicklung. Wir sind schließlich in einem lernenden Verfahren, wie es auch in unserer Tagesordnung ausgewiesen ist. Das sollte der Fokus unserer heutigen Betrachtung sein. Wir werden uns natürlich auch intensiv damit beschäftigen müssen, wie wir mit Konflikten umgehen; denn sie sind fester Bestandteil der Bürgerbeteiligung. Darauf müssen wir uns vorbereiten.

Herr Sommer hat noch einen Beitrag aus den bisherigen Beiträgen abgeleitet.

Vorsitzender Jörg Sommer: Ich möchte mich kurzfassen, weil genau solche Teilwahrneh-

mungsberichterstattungen wie die im „Tagesspiegel“ oder auch Flugblätter, die von Einzelnen verteilt werden, meiner Meinung nach auch ganz schnell eine Wirkung auf uns ausüben.

Ich würde gerne eines für das Protokoll festhalten: Es war die gesamte Breite aller Meinungen da, und zwar nicht nur vereinzelt. Das wissen alle, die am Samstag da waren. Das ist im Plenum durch dort gehaltene Beiträge besonders deutlich geworden. Ich erwähne nur einen BI-Vertreter, der sagte: Wir glauben euch nicht. - Kritischer kann man es eigentlich nicht formulieren.

Soweit ich das wahrgenommen habe, waren in allen Gruppen Vertreter auch sehr konsequenter, radikaler und langjähriger Antiatompositionen anwesend. Wir haben in der ganzen Bandbreite diskutiert, und ich habe auch nicht das Gefühl gehabt, dass diese Meinungen anhand eines Applauses in irgendeiner Art und Weise eine marginale Meinung gewesen wäre. Es war alles da.

Es ist in der Tat so, dass einzelne Initiativen aus der Anti-AKW-Bewegung gerne dokumentieren wollen, es gebe keine Beteiligung aus diesem Bereich. Diese gibt es aber. Es gibt sie vielleicht nicht in der gewünschten Breite, und deshalb müssen wir weiterhin den Dialog anbieten. Aber wir sollten uns nicht einreden lassen, wir hätten nur unter uns diskutiert oder gar nur mit den - ich zitiere den „Tagesspiegel“ - Krawattenträgern diskutiert. Das stimmt einfach nicht. Die Beteiligung war bunt, sie war vielfältig, sie war auch kontrovers, und das war gut so.

(Michael Müller: Ich hatte auch keine an! - Heiterkeit)

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Bevor wir die Kleiderordnung vom Samstag noch einmal durchdeklinieren, würde ich vorschlagen, dass wir uns vielleicht dem nächsten Tagesordnungspunkt nähern und diesen Punkt abschließen.

Ich sage es noch einmal: Es waren wichtige Eindrücke. Ich habe mich bewusst zurückgehalten,

würde mich aber gerne ganz zum Schluss doch noch persönlich der Anmerkung von Herrn Sommer anschließen. Ich hatte auch den Eindruck, wir hatten ein breites Meinungsspektrum, wir hatten eine gut durchmischte Beteiligung. Wir hatten erst die Sorge, dass das nicht der Fall sein wird. Insofern war es sicherlich eine sehr gelungene Veranstaltung.

Ich möchte daran - das ist meine persönliche Meinung - gerne anknüpfen: Was die Effizienz betrifft, so ist das, was dort eingebracht und am Ende präsentiert und festhalten worden ist, was für uns in der Kommission wiederum ganz wichtig ist bei der Frage der Bürgerbeteiligung, erst einmal richtig zu erfassen, um dann auch die erwartete Rückkopplung zu geben. Hier gibt es sicherlich einen erheblichen Optimierungsspielraum, wenn ich das einmal so sagen darf. Insbesondere die Rolle und Qualität der Moderation scheinen mir ein ganz zentraler Schlüssel zu sein.

Ich möchte das an einem Beispiel konkretisieren. Herr Sommer, wir beide waren in der gleichen Arbeitsgruppe, die sich im Übrigen mit den Kosten beschäftigt hat. Auch das ist ein Thema, das indirekt auch mit unserer Aufgabe hier verbunden ist. Wir haben in der Kommission den klaren Auftrag erhalten, uns mit dem Thema „Finanzierung“ zu beschäftigen. Dieser ist sehr eindeutig. Das ist dann nicht primär die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe. Das wird je nach Lage der Dinge vielmehr in der Arbeitsgruppe 2 aufgegriffen werden bzw. steht dort schon auf der Tagesordnung.

Aber ich wollte noch eine allgemeine Anmerkung machen: Mir ist aufgefallen, dass die konkreten Themen und Stichworte einfach aufzunehmen und zu transportieren waren. Dies gilt nicht für komplexere Themen, die sehr wertvoll für die weitere Diskussion sind, zum Beispiel die Frage, wie man eine grundsätzliche Diskussion um faire, sichere Kostentragung führen kann und welche Aspekte dabei eine Rolle spielen.

Das hat sehr viel Raum in der Diskussion eingenommen, ist aber sehr schwer zu fassen und auch zu transportieren gewesen. Das brauchen wir aber am Ende als Ergebnis in der Kommission. Das hängt natürlich sehr stark an der Qualität der Moderation. Das wollte ich nur als noch ergänzendes Beispiel zu der Veranstaltung am Samstag anführen.

Wenn es dazu keine Ergänzungen mehr gibt, dann würde ich gerne in der Tagesordnung fortschreiten.

Tagesordnungspunkt 4 Nachlese der Diskussion des AG-Berichtes in der vergangenen Sitzung der Endlagerkommission

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Hierzu haben Herr Sommer und ich vereinbart, noch einmal die letzte Kommissionssitzung Revue passieren zu lassen, um Ihnen auch Gelegenheit zu geben, noch einmal zu reflektieren, was dort von uns in die Kommission berichtet und dort diskutiert worden ist. Gibt es dazu von Ihrer Seite noch Anmerkungen, Anregungen oder Fragen? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist das insofern zur Zufriedenheit gelaufen. - Herr Sommer.

Vorsitzender Jörg Sommer: Nein, es gibt keinen Konflikt und auch kein Problem. Das Ergebnis der Diskussion in der Gesamtkommission ist der heutige Tagesordnungspunkt 5. Wir haben uns also dann entschieden, zu sagen, wir arbeiten es nicht an diesem einen kleinen Thema ab. Denn wir haben den Auftrag aus der Gesamtkommission so verstanden, den grundsätzlichen Umgang mit Konflikten, die außerhalb stattfinden, aber auf die Kommissionsarbeit einwirken, für die Kommissionsarbeit und damit auch potenziell schon für den gesamten Endlagersuchprozess zu erarbeiten. Das hat zu diesem Papier geführt, das heute vorliegt. Ich denke, dann können wir auch in die Diskussion zu diesem Punkt einsteigen.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Sommer, für die Überleitung zu dem nächsten Tagesordnungspunkt, der sozusagen auch den Kern unserer heutigen Sitzung darstellt.

Tagesordnungspunkt 5
Beschlussempfehlung an die Kommission zum Umgang mit den EVU-Klagen und ggf. weiteren Konflikten im Umfeld der Kommissionsarbeit

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Wir hatten uns nach intensiver Diskussion in unserer letzten Sitzung - das darf ich noch in Erinnerung rufen - intensiv mit den Klagen auseinandergesetzt, hatten versucht, seitens der Unternehmensvertreter zu informieren, und hatten eine, wie ich finde, sehr intensive und auch konstruktive Diskussion.

Wir sind so verblieben, dass Herr Sommer und ich versuchen, für die heutige Sitzung in Vorlage zu gehen und eine Gesprächsunterlage zur Verfügung zu stellen, weil es ansonsten sicherlich schwer wäre, die Diskussion fortzuführen und konkrete Ergebnisse zu erzielen. Herr Sommer hat dankenswerterweise sehr viel Arbeit investiert und uns ein Papier zur Verfügung gestellt, das Sie am Freitag zugegebenermaßen etwas kurzfristig, aber immerhin erhalten haben. Hoffentlich hatten Sie noch Gelegenheit, einen Blick darauf zu werfen. Ansonsten sind hier heute auch noch einmal Kopien zur Verfügung gestellt worden.

Wir sollten dann jetzt in dieses Papier einsteigen, wobei ich Ihnen folgenden Vorschlag machen würde, wie wir den Tagesordnungspunkt strukturieren können. Wenn Sie einverstanden sind, aber auch wenn Sie nicht einverstanden sind, lassen Sie es mich bitte wissen.

Ich würde zunächst Herrn Sommer Gelegenheit geben, noch einmal kurz zu erläutern, wie das Papier einzuordnen ist, und dazu ein paar begleitende Hintergründe und insbesondere die Zielsetzung zu formulieren. Dann würde ich vorschlagen oder empfehlen, dass wir uns darüber austauschen, ob wir die Zielsetzung sehen, die

mit diesem Papier beschrieben ist. Das heißt, wir sollten uns von dem konkreten Thema, der Diskussion des Konfliktes um die EVU-Klagen, zu einem grundsätzlichen Papier oder Vorschlag hinbewegen, wie wir mit Konflikten umgehen. Das ist schließlich der Kern dieses Papiers, wobei die Diskussion um die EVU-Klagen dort mit eingeflossen ist.

Ich frage Sie also: Sehen Sie es ganz konkret als zielführend an, dass wir uns dann auf der Basis auf die nächste Kommissionssitzung vorbereiten und dort eine Beschlussempfehlung abgeben, dass die Kommission diesem Vorschlag folgt? Wenn wir einen Konsens dazu erreichen, dann würde ich Sie in der nächsten Runde bitten, Herrn Sommer und mir die redaktionellen Hinweise, die Sie noch haben, mitzuteilen.

Wenn diese Abfolge so von Ihnen akzeptiert wird, würde ich vorschlagen, dass das eingearbeitet wird und wir das Papier so überarbeitet dann noch einmal zirkulieren. Dann hätten wir die Chance, für die nächste Kommissionssitzung, die Anfang Juli stattfindet, einen Vorschlag zu unterbreiten. Soweit der Vorschlag zum weiteren Vorgehen. Darf ich Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind? - Ich sehe Kopfnicken. Dann können wir so verfahren. - Das bedeutet, Herr Sommer, dass Sie kurz in das Papier einführen.

Vorsitzender Jörg Sommer: Zugunsten einer Diskussion möchte ich das wirklich kurz halten. Vorab möchte ich wirklich noch einmal um Entschuldigung bitten, dass das erst am Freitagnachmittag verschickt werden konnte. Ich möchte jetzt auch nicht wieder über die undisparitativen Ressourcenausstattungen unterschiedlicher Akteure aufklären. Das steht in dem Papier auch noch einmal drin. Deswegen verkneife ich mir das bis zum Ende, weil wir bis zum Ende noch keine Ausstattung auf Augenhöhe haben werden. Ich bin in dieser Hinsicht auch Realist.

Sie wissen, ich bin vom Beruf Schriftsteller und kann somit auch längere Papiere schreiben. Ich habe das aber vor dem Hintergrund dessen, dass

ich wusste, dass es nicht unendlich viel Zeit zum Lesen gibt, thesenartig gemacht, und ich glaube, das hilft uns vielleicht auch in der Diskussion, weil man dann sehr schnell auf konkrete Punkte zu sprechen kommen kann. Ob wir das nachher noch für die Kommission ausformulieren wollen oder nicht, würde ich gern in Gänze der Arbeitsgruppe überlassen.

Der Hintergrund ist der, dass wir an diesem exemplarischen, sehr konfliktträchtigen Thema der EVU-Klagen gesehen haben, wie man als Kommission in einem konfliktbeladenen Raum nach einem Konsens sucht. Wir sind gerade dabei, zu lernen, Konsense zu finden. Es gelingt uns allerdings noch nicht immer. Ich nenne in diesem Zusammenhang einmal das Stichwort „Veränderungssperre“. Hierbei haben wir uns zwar sehr bemüht, konnten aber keinen Konsens erzielen.

Was uns als Kommission insgesamt noch nicht gelingt - das möchte ich nicht auf Einzelne beziehen, sondern wirklich auf die Kommission als Gruppe -, ist der Umgang mit Konflikten in diesem Verfahren. Das hängt auch damit zusammen, dass viele Konflikte, die uns belasten, nicht unmittelbar von uns gesteuert werden können. Wenn wir über Konflikte in diesem Verfahren sprechen, und zwar während der Zeit der Kommission, aber auch während des späteren Suchverfahrens, müssen wir einfach akzeptieren, dass es vermutlich nicht nur diesen einen Konfliktfall „EVU-Klagen“, sondern noch viele Konfliktsituationen geben wird, die wir nicht verantworten, die vielleicht Einzelne verantworten oder vielleicht auch keiner, der unmittelbar beteiligt ist, verantworten kann, die wir aber auch als Kommission nicht wirklich komplett ausdiskutieren und abräumen können.

Wir wissen aber auch - das hat jetzt auch noch einmal die Auswertung des Samstags gezeigt -, dass ein Ignorieren solcher Konflikte ebenso wenig funktionieren würde. Das heißt, es stellt sich die Frage: Wie gehen wir damit um?

Vor diesem Hintergrund gibt es diesen Vorschlag, zu sagen: Wir respektieren grundsätzlich das Existieren von Konflikten, wir akzeptieren, dass wir nicht jeden Konflikt lösen können, aber wir nehmen auch die Verantwortung wahr und versuchen, einen vernünftigen Umgang mit diesen Konflikten zu finden, und da, wo wir es können, versuchen wir zudem, gemeinsam zur Deeskalation solcher Konflikte beizutragen.

Das ist eigentlich der Grundansatz dieses Papiers, das sich dann auch entsprechend gliedert, wie man sieht. Es geht erst einmal noch kurz darum, die Konflikte aufzuzählen, die uns jetzt schon erkennbar belasten. Wenn man diese kurzen Spiegelstriche sieht, erkennt man schon, dass das nicht wenig ist. Daran kann man sich weidlich zerstreiten, wenn man das möchte. Es geht zweitens um die Tatsache, dass wir nach wie vor dennoch sagen: Wir wollen ein Verfahren erzielen, das mit einem maximalen Konsens arbeitet.

Der dritte Abschnitt stellt dann noch einmal kurz dar, dass wir einen Konsens nicht erreichen können, indem wir Konflikte ignorieren. Dann kommen wir zur zentralen Frage, wie wir mit Konflikten in diesem Gesamtverfahren, zu dem die Kommissionstätigkeit gehört, umgehen.

Im vierten Abschnitt, „Konsens über Konfliktdramaturgie“, gibt es dann einen Vorschlag für einen Ansatz. Der Ansatz lautet, dass Konflikte häufig eskalieren und dass es eigentlich Eskalationsstufen gibt. Diese Eskalationsstufen geben auch immer vor, wie man einen Konflikt in dieser Stufe bearbeiten kann. Ich habe einmal eine ganz typische, aber nicht unbedingt zwangsläufige Eskalationsebenenhierarchie und entsprechende Formen des Umgangs aufgelistet. Sie sehen auch, dass der Rechtsweg ganz am Ende steht, und zwar am Ende eines noch kontrollierten Verfahrens. Danach gibt es auch noch andere Formen der Eskalation, über die ich jetzt hier nicht kollektiv nachdenken möchte; denn diese entzieht sich dann völlig unserer Einflussnahme.

Wenn man eine Stufe ins Auge fasst und konsequent durchdenkt, dann ist es - und das ist jetzt ein Thesenvorschlag von mir; ich würde mich freuen, wenn es vor allen Dingen dazu ein Feedback aus der Arbeitsgruppe gäbe - für die Akteure eigentlich erstrebenswert, zu versuchen, Konflikte, die auf einer bestimmten, sehr hohen Eskalationsstufe gelandet sind, sozusagen Stück für Stück in der Eskalationshierarchie herunterzuholen.

Das heißt, wenn ich auf einer Eskalationsstufe bin und es mir gelingt, alle Akteure davon zu überzeugen, eine Eskalationsstufe zurückzutreten, ist der Konflikt damit zwar nicht gelöst, aber wir haben deeskaliert, und das ist die richtige Richtung. Wir alle ahnen ja, dass dieser Prozess der Endlagersuche ganz viele solcher kleinen Schritte in richtige Richtungen erfordert, weil es auch immer wieder Schritte in falsche Richtungen geben wird.

Daraus resultiert in einem letzten Absatz die Frage zu den Herausforderungen an die Kommission in Aufnahme dessen, was beim letzten Mal in der Gesamtkommission diskutiert wurde. Darüber hinaus stellt sich die Frage, was wir dazu beitragen können, indem wir uns in einer Gruppe exemplarisch an diesem Thema „EVU-Klagen“ gefunden haben, die versucht, einen Umgang mit Konflikten im Verfahren zu entwickeln.

Wir könnten versuchen, dieses Verfahren weiter bzw. konkreter auszuformulieren, Vorschläge zu machen, wie man es implementieren kann, bereit zu sein, diesen Konflikt, der jetzt auf dem Tisch liegt, und auch weitere Konflikte in unserer Gruppe ein Stück weit zu behandeln sowie Deeskalationsvorschläge zu machen. Ich denke langsam schon wie alle anderen mit ein bisschen Unwohlsein an unseren Abschlussbericht, in dem wir auch viele Vorschläge machen müssen. Wenn wir am Ende einen guten Verfahrensvorschlag machen, sollte darin auch stehen, wie man mit Konflikten im Verfahren umgehen möchte. Viel-

leicht können wir dazu ein Stück weit etwas beitragen. - Das war es von meiner Seite als Einführung in die Diskussion.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herzlichen Dank, Herr Sommer, für die Erläuterung des Papiers. - Ich greife es noch einmal auf: Unser eingangs aktueller Punkt war, in die Deeskalationspyramide einzuordnen, die Sie hier aufgemacht haben. Das war ein sehr praktisches Beispiel.

Ich möchte noch einen Hinweis geben. Wenn wir uns jetzt grundsätzlich mit diesem Papier und einem Vorgehensvorschlag für unsere Arbeitsgruppe beschäftigen, würde ich vorschlagen, in die Richtung zu denken, dass wir am Ende sozusagen, wenn wir über die Formulierungen sprechen, den letzten Absatz in eine Beschlussfassung der Kommission überführen. Das würde bedeuten, dieser Gruppe ein Mandat oder einen Auftrag zu geben, und zwar am Ende auch in Richtung des Abschlussberichtes als a) praktische Erfahrung und Konzept der Konfliktbewältigung - Herr Sommer, ich hoffe, ich interpretiere Ihre Intention an der Stelle richtig - sowie als Gruppe, die zur Verfügung stünde, wenn es in der weiteren Kommissionsarbeit Konflikte gibt, die in dieser Gruppe durchaus vorbehandelt werden sollen, um sie dann in der Kommission abzuschließen.

Das ist sozusagen eine - ich will nicht sagen - Hot-Stand-by-Rolle, aber eine gewisse Rolle, die in die Kommissionsarbeit insgesamt eingeordnet werden kann. Das ist die mögliche Schlussfolgerung aus unserer Diskussion.

Zunächst möchte ich aber Ihre Bewertungen und Kommentare dazu hören, ob das auch aus Ihrer Sicht ein mögliches Ergebnis wäre, das dann gleichzeitig ein Zwischenergebnis dieser Arbeitsgruppe wäre, und zwar ohne dass wir damit jetzt schon eine hohe Sitzungsfrequenz für diesen Kreis beschließen, um Ihnen damit vielleicht gleich die Sorge vorwegzunehmen. - Herr Ott.

Erhard Ott: Vielen Dank. - Ich bin Jörg Sommer ausgesprochen dankbar für das Papier, das er hier vorgelegt hat. Wenn ich an den Ausgangspunkt der Bildung dieser Arbeitsgruppe denke, ist das genau die richtige Praxis, die jetzt auf den Weg gebracht wird, nämlich zu deeskalieren. Das gilt vor allem angesichts der heterogenen Zusammensetzung der Kommission, bei der man sehr schnell einzelne Mitglieder aus einer bestimmten Rolle oder Funktion heraus infrage stellen kann.

Daher glaube ich, dass das Papier von der Grundtendenz her einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann, sowohl Konflikte, die von außen in die Kommission hineingetragen werden und nicht beeinflusst werden können, als auch Konflikte, die innerhalb der Kommission entstehen können - das gilt dann für die konkrete Endlager-suche in der Folge sicherlich genauso -, ein Stück weit zu bewältigen und zu deeskalieren.

In den Anfängen der Kommissionsarbeit war die Situation doch sehr viel zugespitzter, als sich die Arbeit dann im Laufe der Zeit und im Laufe dieses Jahres herausgestellt hat und alle Beteiligten sich um Konsense bemühten und konstruktiv mitarbeiteten. Insofern ist die Intention in dem Papier von der Grundtendenz her richtig, unabhängig von einzelnen Formulierungen. Das ist jetzt nicht das Thema. Es geht vielmehr in erster Linie um die Grundlinie.

Weil wir nicht ausschließen können, dass wir in der weiteren Arbeit der Kommission den einen oder anderen Konflikt - aus welcher Richtung auch immer - haben werden, würde ich Ihren Vorschlag, Herr Jäger, aufgreifen und aus dem letzten Abschnitt eine konkrete Beschlussvorlage für die Kommission für den 3./4. Juli machen.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Frau Glänzer.

Edeltraud Glänzer: Ich kann mich zum einen dem Dank nur anschließen. Es war an der Stelle - darin sind wir auch schon ein bisschen geübt -, kein Problem, dass wir die Vorlage jetzt am Freitag bekommen haben; denn sie war relativ kurz

gefasst, was ich gut finde. Sie war nicht nur kurz und prägnant - das ist wirklich ausgesprochen gelungen -, sondern, wie ich finde, auch von der Struktur her sehr gelungen, indem einfach noch einmal beschrieben wurde, was eigentlich unser Auftrag ist.

Zum anderen finde ich es wichtig, was Sie gerade noch einmal eingeführt haben, Herr Sommer, dass wir uns nämlich mit Konflikten auseinandersetzen müssen, und zwar auch mit Konflikten - und das ist in dem Papier, glaube ich, noch nicht enthalten, oder ich habe es jetzt noch nicht so richtig erfasst -, die von außen an die Kommission herangetragen werden. Das ist auch ein wichtiger Punkt.

Der zweite wichtige Aspekt ist, dass wir natürlich gucken, welche Konflikte wir bearbeiten und lösen können, aber wir können auch nicht alle Konflikte lösen. Insofern gibt es an der Stelle eine kleine Einschränkung. Aber - und das finde ich ausgesprochen gut und wichtig - auch das konsensorientierte Vorgehen gehört zu unserem Auftrag. Das ist bisher sehr unterschiedlich gelungen. Ich fand auch die Aussage in der Überschrift, ein Konsens lasse sich nicht erreichen, wenn man Konflikte ignoriere, ganz treffend zusammengefasst. Das finde ich sehr wichtig. Schließlich hat sich auch das in unterschiedlicher Qualität durch die Debatten gezogen. Meiner Meinung nach ist das besonders wichtig. Deshalb sollte man, glaube ich, auch noch ein bisschen an der Diskussionskultur arbeiten.

Insgesamt finde ich das ausgesprochen gut, und wenn wir uns die Aspekte zum Konsens über Konflikt-dramaturgie angucken, dann ist das natürlich eine bestimmte Reihenfolge, aber ich glaube, dass es einfach wichtig ist. Es gibt unterschiedliche theoretische Modelle zu Konfliktbearbeitungsprozessen, die besagen, dass, selbst wenn man eine Stufe erreicht hat, der Konflikt damit noch nicht gelöst ist. Man kann auch wieder ein Stück zurückrutschen.

Ich finde es aber ausgesprochen gut, aufzuzeigen, dass es einen bestimmten Prozess gibt, wie sich das dann fortsetzen kann, und ich schließe mich dem Vorschlag an, das, was auf der letzten Seite zusammengefasst ist, in einem Beschlussvorschlag für die nächste Kommissionssitzung zu formulieren.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Frau Glänzer. Sie haben zwei Punkte angesprochen, auf die wir noch zurückkommen werden. Auch Herr Sommer hat in seiner Einleitung die Frage aufgeworfen, wie detailliert es ausformuliert werden muss. Ich habe Ihr Votum so verstanden, dass gerade die thesenartige Darstellung wegen einer klaren Struktur ihren Vorteil hat; das wollte ich einfach nur noch einmal festhalten.

Zum zweiten Punkt, den Sie angesprochen haben. Wir müssen noch einmal checken, wie es mit den Konflikten ist, die von außen an die Kommission herangetragen werden. Ich hätte das jetzt mal so spontan - korrigieren Sie mich, Herr Sommer - unter den Vorschlag subsummiert, dass die Kommission sozusagen Aufträge an uns erteilt. Das heißt, wenn man innerhalb der Kommission der Meinung ist, dass dieses Thema, das in die Kommission eingebracht wird und von der Kommission zu behandeln ist, einen Konflikt birgt, dann steht dafür sozusagen die Arbeitsgruppe zur Verfügung. Vielen Dank, Frau Glänzer. - Herr Müller.

Michael Müller: Auch Dank an meinen Freund Jörg Sommer. - Ich möchte trotzdem die Anregung machen, etwas umzustellen. Auf jeden Fall muss das oberste Ziel der Kommission darin bestehen - und das muss auch der Maßstab unserer Arbeit sein -, bei einem sehr komplexen technologischen Problem mit hoher Fernwirkung zu einer Lösung zu kommen, die gesellschaftlich breit getragen wird und die auch beispielgebend sein kann für die Lösung entsprechender Herausforderungen.

Beim vorletzten Punkt, „Hierzu gehören ...“, wird die Streitige Herausforderung eines Kulturwandels in der Anti-Atombewegung vom Konflikt um den Atomausstieg zur Wahrnehmung von Mitverantwortung beschrieben; das ist die eine Seite. Aber ich finde, man muss auch die andere Seite nehmen, also diejenigen, die in der Vergangenheit für die Atomenergie waren und die jetzt natürlich die Bereitschaft zeigen müssen, zu einem neuen Konsens zu kommen. Die Konsenssuche gilt nicht nur für die eine Seite, sondern die muss für beide Seiten beschrieben werden, wenn sich das Problem nicht wiederholen soll.

Ansonsten teile ich sehr die Position, dass Konsens nicht heißt, Konflikte zu vermeiden oder zu ignorieren. Vielmehr geht es darum, sie aussprechen, um zu einem Konsens zu kommen. Es funktioniert überhaupt nicht, zu einem Konsens zu kommen, wenn man nicht die Konflikte beschreibt. Es ist also ein anderer Weg als sonst üblich. Das heißt, man muss die Konflikte beschreiben, um zu einem Konsens zu kommen.

Aber wie gesagt, ich würde am Anfang noch einmal schreiben: Entscheidend ist, dass die Kommission gemessen an dem Ziel, Verantwortung für die künftigen Generationen zu übernehmen, zu einer tragfähigen Lösung kommt, und dann gilt es für beide Seiten, sich zu bewegen.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Müller, für Ihre grundsätzliche Bewertung des Vorschlages und für Ihre über die redaktionellen Vorschläge hinausgehenden inhaltlichen Vorschläge, die redaktionell ihren Niederschlag finden sollten. Herr Sommer hat es mitgeschrieben. Ich denke, wir sollten gleich darauf zurückkommen. - Frau Hinz.

StM'in Priska Hinz: Was den letzten Punkt angeht, so schließe ich mich Herrn Müller an, weil wir in der letzten Sitzung ausdrücklich festgehalten haben, dass die Vertreter der EVUs gesagt haben, dass sie am Atomausstieg festhalten und nicht mehr zurück wollen. Das muss unter diesen

Spiegelstrichen oder Bulletpoints zu Beginn in irgendeiner Form auftauchen. Es steht zwar unter Punkt 2, „Aufgabe: Etablierung eines auf Konsens ausgerichteten Verfahrens“, drin, dass es einen breiten gesellschaftlichen Konsens zum Atomausstieg gibt, zu dem sich alle Akteure auch innerhalb der Kommission eindeutig bekennen, aber trotzdem - schließlich ist die eine Gruppe hier unter den Bulletpoints als mögliche Konfliktgruppe benannt - sollte man durchaus auch die andere Gruppe nennen.

Ich habe zu dem gesamten Papier noch eine Anmerkung. Das ist ja hinreichend abstrakt und deswegen, glaube ich, für alle auch tragbar. In dem Papier steht nicht, wie wir als Arbeitsgruppe exemplarisch anhand der Frage „Klagen“ zu einer Formulierung oder Vereinbarung kommen sollten, wie man mit einem Konflikt umgeht und wie man deeskalierend wirken kann. Das haben wir auch so nicht gelöst in dieser Arbeitsgruppe. Man kann jetzt sagen, dass der Vorschlag des BMUB auf dem Tisch liegt und wir alle in der letzten Sitzung darauf hingewirkt haben, dass die einen sagen, dass sie auf keinen Fall zurück zur Atomenergie wollen, und dass die anderen auch bestimmte Vorgehensweisen und Zwischenlager akzeptieren. Man nähert sich in dieser Arbeitsgruppe sozusagen an, und damit gestalten wir ein anderes Klima, um deeskalierend wirken zu können.

Wir haben aber in diesem Papier keine Vorgehensweise exemplarisch benannt, wie man konkret Deeskalation betreibt. Das will ich nur bemerken; denn dafür wurde die Ad-hoc-Arbeitsgruppe ursprünglich - so hatte ich das verstanden - eingerichtet.

Zumindest müsste man, wenn man dieses Papier der Kommission vorstellt, deutlich machen, wie man jetzt auf dieses Papier kommt und wie man in der Arbeitsgruppe das andere Thema diskutiert hat. Das wäre wichtig.

Das Zweite betrifft den letzten Abschnitt, „Herausforderungen an die Kommission“. Spannend

wird es eigentlich auch unter uns, wenn wir der Kommission Vorschläge vorstellen wollen, wie wir ganz konkret mit Konflikten umgehen wollen. Das müssen wir unter uns auch noch mal austarieren. Das wird noch einmal spannend, welche Vorschläge wir machen können, und dann geht es auch um die Vorschläge im Hinblick auf einen Endbericht; denn dieser soll auch auf die Standortsuche wirken.

Deswegen sollten wir noch einmal überlegen, wie wir uns untereinander committen, unter welchen Voraussetzungen wir eigentlich Empfehlungen geben können. Das sage ich, weil wir den einen Teil für uns noch nicht so richtig konkret lösen konnten. Wir haben noch kein Beispiel, das man konkret anwenden kann.

Was ich ein bisschen kritisch sehe - das sage ich ganz offen -, ist, dass eine Arbeitsgruppe jetzt sagt: Wir stehen auf Stand-by. - Ich formuliere es mal so. Immer wenn es in der großen Gruppe einen Konflikt gibt, dann tritt die Ad-hoc-Arbeitsgruppe zusammen und sorgt für gutes Klima, damit in der großen Gruppe weitergearbeitet werden kann. Also eigentlich müsste es ja so sein, dass wir jetzt eine Empfehlung geben können, mit der die große Kommission dann auch ihre Konflikte in der Gruppe lösen kann, sodass sie einen Anhaltspunkt hat, wie sie eigentlich miteinander umgehen können. Das steht meines Erachtens ganz gut da drin, sodass man Standpunkte auch einmal stehen lassen können muss und auch respektieren muss, dass es andere Meinungen gibt oder dass man sich Konflikte, die von außen hereingetragen werden, als Kommission nicht immer zu Eigen machen muss. Man kann schließlich sagen: Das ist jetzt außerhalb, das betrifft unsere Arbeit jedenfalls nicht im Kern. - Da gibt es Vorschläge aus meiner Sicht, aber wir würden dieser Arbeitsgruppe hier nichts Gutes tun - und der Endlagerkommission auch nicht -, wenn wir sagen, wir treten alle drei Monate zusammen, weil die Endlagerkommission einen Konflikt hat, den sie nicht lösen kann.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Frau Hinz. - Herr Sommer.

Vorsitzender Jörg Sommer: Vielleicht gleich dazu, Herr Müller, Frau Hinz. Ich habe jetzt tüchtig mitgeschrieben; denn das sind sehr wichtige Dinge. Aber ich würde vielleicht gerne noch einmal, Frau Hinz, auf Sie antworten, warum wir das jetzt so machen wollten.

Der Hintergrund ist der, dass wir, also sowohl in unserer Gruppe als auch in der Kommission, genau das tun. Wir suchen ein konsensuales Verfahren vor dem Hintergrund eines Konfliktes. Dann ist der Vorschlag, in einem ersten Schritt zu schauen, wie wir grundsätzlich damit umgehen können - so mache ich es auch in mediativen Situationen -, wie die Spielregeln, die Verfahrenswege abstrakt aussehen können. Wichtig ist, dass wir nicht vor lauter Abstraktion nachher keine Handlungsmöglichkeit haben.

Dann geht es darum - und das würde ich für sehr wichtig halten -, in der Gesamtkommission ein Plazet abzuholen und zu sagen: Da seid ihr eigentlich auf einem Weg, den wir ganz gut mittragen können. - Das Thema „EVU-Klagen“ ist damit nicht erledigt. Das ist klar.

Der nächste Schritt wäre dann ganz konkret auch in unserer Arbeitsgruppe der, dass wir dann mit diesem Konsens, was das Verfahren angeht im Hintergrund, an dem konkreten Beispiel beweisen, dass es wirkt, dass wir da etwas bewirken können. Das wäre dann in der Tat der nächste Schritt, und ich bin auch ganz sicher, die Gesamtkommission würde das auch so sehen. Sie würde uns mit diesem Papier sozusagen nicht vom Haken lassen. Deswegen war ja auch der Hintergrund, dass wir sagen, dass wir unsere Arbeit als Ad-hoc-Gruppe damit nicht als beendet sehen.

Ich bin völlig bei Ihnen: Um Gottes willen sollten wir nicht versuchen, uns jetzt hier als die Mediationsgruppe der Kommission zu verstehen. Daran

hat keiner der Beteiligten sowohl von der Zeitrsource als auch von der Verantwortung her ein Interesse, und ich glaube auch, die Vorsitzenden der Kommission würden uns das nicht durchgehen lassen; denn Konflikte, die tatsächlich auf die Gesamtkommission einwirken, kann man nicht wegdelegieren. Aber eines ist möglich - und das steht im letzten Spiegelstrich -: Sie kann uns eventuell in konkreten Situationen darum bitten, einen Verfahrensvorschlag zu machen, und dass wir dafür bereit sind, halte ich für den richtigen Weg.

Ansonsten sehe ich noch genug andere Aufgaben für uns, ohne dass wir uns jetzt als die Konfliktlöser der Kommission anbieten müssten. Ich glaube, ich merke schon am Nicken, dass wir da einen Konsens haben.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Sommer, für diese Klarstellung, die auch einen Schritt für die weitere Vorgehensweise darstellt. - Herr Ott.

Erhard Ott: Ich glaube, wir sollten unsere Rolle als Arbeitsgruppe nicht auf einen Weg bringen, der uns selbst überfordert; denn das, was von draußen hineingetragen wird, was im Zweifel die Arbeit der Kommission belastet, werden wir mit den Akteuren draußen im Zweifel nicht bewältigen können. Ich glaube auch nicht, dass das unsere Aufgabe ist.

Ich nenne beispielhaft das Thema „Zwischenlager“, das wir vorhin diskutiert haben. Das belastet zwar ein Stück weit die Arbeit der Kommission politisch, aber es ist nicht unsere Aufgabe, diesen Konflikt zu lösen, sondern es ist im Wesentlichen die Aufgabe derjenigen, die am Freitag am Tisch gesessen haben.

Insofern muss man genauer hinschauen, was wir tun, und in der nächsten Zeit wird es vielfach auch während der laufenden Kommissionsarbeit politische Vorentscheidungen oder Entscheidungen zu Fragen geben, die auch die Arbeit der Kommission berühren. Da mache ich mir ein

Stück weit Sorgen, inwieweit dann Themen an uns herangetragen werden, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen und die uns im Zweifel auch in eine schwierige Situation in der Arbeit der Kommission bringen können.

Ich möchte ein Thema ansprechen; das ist kein Konfliktthema. Uns ist in der vergangenen Woche eine Einladung zu einer Ausstellung des Bundesamtes für Strahlenschutz zugegangen. Inwieweit sind es Akteure, Bundesbehörden, Energieversorgungsunternehmen, Verbände - ich beziehe uns als Gewerkschaften da auch mit ein -, die ein Stück weit auch auf die Kommission mit den Aktivitäten, die sie entwickelt, zugehen? Gibt es da Abstimmungen oder gar Genehmigungen?

Denn im Moment agieren viele in dem gesamten Umfeld - auch die Bundesländer -, die eigene Veranstaltungen machen. Alles wird letztendlich die Arbeit der Kommission mit beeinflussen, kann sie beeinflussen und kann auch zu Konflikten führen. Da sehe ich noch nicht, inwieweit wir zu Lösungen kommen, die dann auch deeskalierend wirken. Die Zahl der Akteure ist meiner Einschätzung nach viel zu groß, und insofern sollten wir unsere Möglichkeiten nicht überschätzen.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Ott. - Herr Müller.

Michael Müller: Nur ein Satz: Ich stimme Frau Hinz zu. Es kann keine Stand-by-Gruppe sein. So ist es auch nicht gemeint. Vielmehr sehe ich es so, dass bei Konflikten innerhalb der Kommission, die die Arbeitsfähigkeit der Kommission belasten könnten, diese Arbeitsgruppe eventuell in Kraft tritt.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank für den Beitrag, Herr Müller. Ich habe durch meine Wortwahl vielleicht für Irritationen gesorgt und deswegen möchte ich das klarstellen.

Ich habe in der Tat nicht daran gedacht, dass die Arbeitsgruppe sozusagen eine schnelle Eingreiftruppe zur Konfliktlösung für die Kommission wird. Jetzt habe ich schon wieder einen anderen Begriff gewählt, der möglicherweise wieder zu Missverständnissen führt. Nur, ich habe das so verstanden - Herr Sommer, wenn Sie das anders sehen, dann bitte ich um Ihre Sichtweise -, dass wir über die Beschäftigung mit dem Thema, was unsere Originäraufgabe in dieser Arbeitsgruppe war, auf den Punkt gekommen sind, dass es einer besonderen Art und Weise bedarf, mit Konflikten umzugehen und dass wir jetzt Vorschläge machen, die für uns als Arbeitsgruppe wertvoll sind. Darüber hinaus können wir für die Kommission wichtige Beiträge leisten, welche in das StandAG mit einfließen können. Aus der Beschäftigung damit gibt es ein gewisses Know-how und auch einen gewissen Kenntnisstand in dieser Gruppierung, der dann auch der Kommission zur Verfügung steht. So habe ich das verstanden, aber nicht als Hot-Stand-by-Gruppe.

So weit von meiner Seite aus zur Erläuterung. - Herr Fischer.

Dr. h. c. Bernhard Fischer: Vielen Dank. - Ich möchte gerne noch einmal auf das zurückkommen, was Sie gesagt haben, Frau Hinz. Ist das Papier möglicherweise zu abstrakt, um es als Ergebnis dessen zu sehen, was eigentlich unser Auftrag war in dieser Arbeitsgruppe?

Das habe ich mich auch gefragt, als ich das gelesen habe. Nachdem ich es mehrfach gelesen habe, bin ich eigentlich zu dem Schluss gekommen - und ich hoffe, dass ich Herrn Sommer richtig interpretiere -, dass er sich von dem ursprünglichen Auftrag, den diese Arbeitsgruppe hat, ein Stück weit gelöst hat, um in die Zukunft orientiert zu sagen: Wie kann das denn generell aussehen?

Für mich sind die Elemente, die notwendig sind oder notwendig waren, um diesen konkreten Konflikt hier ein Stück weit auch zu deeskalie-

ren, in dem Papier subsummiert; die sind da enthalten. Ich habe das zumindest für mich so gefunden. Wir sind in diesen Konflikt hineingeraten, indem über die Medien berichtet worden ist, dass die EVUs Klagen eingereicht haben, ohne im ersten Moment exakt über die Details dieser Klagen Bescheid zu wissen. Wir mussten uns also erst einmal damit beschäftigen, und der erste De-eskalationsschritt, so wie er hier auch beschrieben ist, lautet: Beschäftigt euch erst einmal auf allen Seiten, die es in diesem Konflikt gibt, mit den Details, und zwar sowohl mit den Details auf der einen als auch auf der anderen Seite, und setzt euch exakt zu dem Thema an einen Tisch zusammen, und versucht, miteinander zu reden, damit ihr erst einmal das gleiche Verständnis habt. Dann könnt ihr versuchen, abzuschichten, was am Ende möglicherweise Konsens sein kann und was möglicherweise konfliktär bestehen bleibt. - Auch das habe ich in dem Papier gefunden.

Ich habe in dem Papier auch gefunden, dass es manchmal so sein wird, dass manche Konflikte auch nach einer solchen Beschäftigung mit dem Thema noch nicht ausgeräumt sind und dann möglicherweise weiter ausgetragen werden müssen, allerdings gesteuert und gezielt, ohne gegenseitig diese allgemeinen Vorwürfe zu erheben.

Ich habe in dem Papier auch gefunden, dass es ganz am Ende legitim ist oder sogar unser Grundrecht berührt, dass es irgendwann auch juristische Auseinandersetzungen geben kann.

Das sind also alles Dinge, die ich in dem Papier gefunden habe und die auch in guter Weise auf das Detailthema zu übertragen sind, das wir hier vor uns liegen haben. Insofern bin ich zu dem Schluss gekommen, als ich es gelesen habe, es hat diesen Zwischenschritt - ich nenne den jetzt einmal so -, dieses Thema konkret hier zu behandeln, quasi übersprungen, ist gleich auf die abstrakte Ebene gekommen und hat gesagt, das kann man auch für viel mehr Themen in dieser Form darstellen.

Das hat mich am Ende eigentlich auch ein Stück weit überzeugt, dass es hier ein gutes Papier sein kann als Vorlage für die Gesamtkommission. Denn ich erkenne, dass wir mit diesem einen Konfliktthema, das wir jetzt gerade hier konkret behandeln, nicht alle Konflikte beseitigt haben. Ich glaube, wir haben noch ganz große Konflikte in der Diskussion vor uns, also in der Beschreibung dessen, was wir da machen wollen, in der Berichterstellung, in den Prozessen, die wir dort am Ende festlegen sollen. Wenn uns das gelingt, das auf die zu übertragen, dann haben wir eine gute Anleitung, wie man damit umgehen soll. Insofern verstehe ich, was Sie gesagt haben - mir ging es anfangs auch so -, aber ich habe versucht, es irgendwie so zu interpretieren, dass es schon darüber hinausgeht. - Danke.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Fischer, für Ihre Einschätzung und Anknüpfung an das konkrete Thema, wie wir mit der Klage und dem umgehen, was wir hier an allgemeinem Ergebnis als Grundlage für die Kommissionsarbeit haben.

Ich möchte folgenden Vorschlag machen: Ich habe aus den bisherigen Beiträgen den Eindruck, dass das Ergebnis - Zwischenergebnis haben Sie es gerade genannt, Herr Fischer - wie folgt aussieht: Aus der Beschäftigung mit den EVU-Klagen, aus unserer Diskussion wurde ein Konzept abgeleitet, wie man mit Konflikten umgeht.

Der Vorschlag, der jetzt ja auf dem Tisch liegt, lautet, damit, sofern wir teilen, wie es hier in dem Papier beschrieben ist, in die Kommission zu gehen und dort das Plazet zu holen, dass das die Leitlinien sind, wie man mit Konflikten konkret umgeht. Das wäre sozusagen der nächste Schritt. Wenn das grundsätzlich Zustimmung findet, dann würde ich jetzt vorschlagen, dass wir vielleicht an das Ende des Papiers springen. Ich möchte keineswegs die ersten Seiten außen vor lassen - darauf kommen wir noch zurück -, aber versuchen, den letzten Absatz im Sinne einer Beschlussempfehlung an die Kommission zu formu-

lieren. Ich würde Ihnen gerne Vorschläge unterbreiten, um dann mit Ihnen gemeinsam auszutreten, ob das der nächste Schritt sein kann. Sind Sie mit diesem Vorgehen einverstanden? - Herr Ott.

Erhard Ott: Eine Frage: Über die anderen Teile sprechen wir jetzt nicht mehr?

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Doch. Wir werden nachher noch darauf zurückkommen. Ich hielte es nur für besser, wenn wir vielleicht anhand der Beschlussempfehlung noch einmal die weitere Vorgehensweise konkretisieren und fokussieren, zum Beispiel auch die Frage, welche Rolle wir denn mit dem letzten Spiegelstrich des Papiers verbinden. Vielleicht können wir versuchen, durch die konkrete Formulierung von Handlungsempfehlungen auf den Punkt zu kommen, der uns gemeinsam nach vorne bringt. Wenn das so ist, würde ich gerne in Vorleistung gehen und Sie bitten, die letzte Seite aufzuschlagen.

Die Überschrift lautet: Herausforderungen an die Kommission. - Daraus könnten wir „Beschlussempfehlung an die Kommission“ machen. Der erste Satz, den Sie hier noch nicht vorfinden, den ich aber in der Zwischenzeit gemeinsam mit Herrn Sommer formuliert habe, könnte wie folgt lauten - es tut mir leid, dass Sie das nicht in Schriftform vor sich liegen haben; deshalb will ich es langsam vorlesen und wiederholen, wenn es erforderlich ist -:

Die Kommission nimmt das Ergebnis der Arbeitsgruppe 5 in Form von Leitlinien zur Konfliktbewältigung, die aus der intensiven Befassung mit den Klagen der EVU abgeleitet wurden, zur Kenntnis.

(Michael Müller: Nur „Befassung mit den Klagen“!)

- Sie votieren also für das Streichen des Wortes „intensiv“. Gut, dann heißt es: „... die aus der Befassung mit den Klagen der EVU abgeleitet wurden, zur Kenntnis.“

Das wäre der Vorschlag an die Kommission, dass das, was wir nachher noch redaktionell feintunen, von der Kommission sozusagen zur Kenntnis genommen wird.

Dann könnten wir fortfahren mit dem ersten Spiegelstrich dieses letzten Absatzes, allerdings jetzt leicht modifiziert. Der erste Teil könnte dann entfallen, und wir könnten sofort anschließen:

Die Arbeitsgruppe 5 wird gebeten, sich intensiver mit den Fragen von Konflikt und Konsens in der Arbeit der Kommission zu beschäftigen.

Das wäre - so war es vorgesehen, Herr Sommer, denke ich mal - der einleitende Satz zu dem folgenden Arbeitsauftrag. - Herr Müller.

Michael Müller: Das finde ich richtig, das soll auch so bleiben, aber es sind nicht die Konflikte in der Arbeit der Kommission, sondern es sind die Konflikte bei der Behandlung des Themas. Ich will schon für mich in Anspruch nehmen, dass wir unbeschadet unserer Unterschiede relativ zivilisiert in der Kommission miteinander umgehen. Es geht also um die Konflikte beim Thema.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Müller, könnten wir das so lösen, dass wir einfach den Hinweis „in der Arbeit der Kommission“ streichen?

Michael Müller: Von mir aus.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Das würde dann bedeuten:

Die Arbeitsgruppe 5 wird gebeten, sich intensiver mit den Fragen von Konflikt und Konsens zu beschäftigen.

Michael Müller: Ja, bei dem strittigen Thema.

Vorsitzender Jörg Sommer: Darf ich kurz?

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Ja, bitte.

Vorsitzender Jörg Sommer: Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Jäger, wollen wir den zweiten Spiegelstrich stehen lassen, und der konkretisiert das noch einmal, also im Kontext dieses Suchverfahrens. Da haben wir dann alles mit drin.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Würde das bedeuten, wir könnten den zweiten Satz in dem ersten Bullet ganz weglassen?

(Zuruf: Könnten Sie den Vorschlag noch mal vorlesen?)

- Ich lese dann noch einmal den Vorschlag vor. Wenn ich ihn richtig aufgenommen habe, würden wir den ersten Bulletpoint wie folgt formulieren:

Die Kommission nimmt das Ergebnis der Arbeitsgruppe 5 in Form von Leitlinien zur Konfliktbewältigung, die aus der Befassung mit den Klagen der EVU abgeleitet wurden, zur Kenntnis.

Okay?

(Michael Müller: Ja!)

Dann könnten wir zu dem zweiten Bulletpoint kommen? – Okay.

Die Arbeitsgruppe 5 soll hierzu in den kommenden Monaten einen Beitrag leisten, indem sie zum Umgang mit Konflikten im Kontext des Suchverfahrens Vorschläge und Prozesse erarbeitet und hierzu in Abstimmung insbe-

sondere mit der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsbeteiligung auch einen Vorschlag für den Abschlussbericht der Kommission erarbeitet.

(Zurufe: Ja!)

Jetzt kommt noch der eben schon diskutierte Punkt:

Außerdem soll

- ich formuliere jetzt etwas abweichend von dem, was in dem Papier enthalten ist -

sie

- damit ist die Arbeitsgruppe 5 gemeint -

der Gesamtkommission bei Bedarf Vorschläge für den Umgang mit Konflikten innerhalb der Kommission unterbreiten.

Damit sind Vorschläge im Sinne der Diskussion gemeint, also Verfahrensvorschläge, was eben nicht bedeutet, die Konflikte hier zu lösen, sondern Vorschläge zu machen, nach den Leitlinien, die wir hier vorschlagen, in dem ganz konkreten Fall vorzugehen.

Wäre das aus Ihrer Sicht eine sinnvolle, tragfähige Beschlussfassung? - Okay. Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand? - Das ist nicht der Fall. Dann würden wir diese Beschlussempfehlung so auf den Weg bringen, aber dennoch zu den einleitenden Texten oder den einzelnen Elementen des Papiers redaktionelle und inhaltliche Punkte aufnehmen.

Noch einmal zur Erinnerung: Ich hatte Ihnen vorgeschlagen, dass wir das im Nachgang zu dieser Sitzung noch einmal redaktionell einarbeiten; insbesondere Herr Sommer wird sicherlich gefordert sein. Ich darf ihn insofern fragen, ob er dazu bereit ist. - Dann werden wir es noch einmal zirkulieren, sodass Sie es noch einmal sehen können, und dann geht es in die Kommission. Soweit der Vorschlag.

Gibt es dazu Anmerkungen? - Herr Ott.

Erhard Ott: Danke, Herr Jäger. - Ich halte nicht viel davon, in einer relativ großen Gruppe die Redaktion von Texten vorzunehmen. Ich glaube, das bringt nicht viel.

Ich würde nur um einen Punkt bitten, dass nämlich insbesondere die Spiegelpunkte auf Seite 1 noch einmal hinsichtlich ihrer „Ausgewogenheit“ - in Anführungsstrichen - überprüft werden. Wenn ich beispielsweise an das Thema „Veränderungssperre“ denke, dann sind die einen der Auffassung, Gorleben bleibt eine weiße Landkarte, aber im Prozess. Andere sagen, als Vorleistung sollte - ich formuliere das jetzt mit meinen Worten - Gorleben herausgenommen werden. Das steht jetzt ein bisschen anders in dem Punkt. Das heißt, unter solchen Gesichtspunkten sollten wir das Papier überprüfen, sodass die unterschiedlichen Haltungen ein Stück weit deutlich werden.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Ott, ich würde unterstreichen, dass wir nicht versuchen sollten, jetzt die Endredaktion zu machen. Es sollen nur Hinweise gegeben werden, welche Formulierungen mit welcher Zielsetzung geändert werden sollten. - Herr Müller, Sie hatten eben schon zwei Beiträge dazu geleistet.

Michael Müller: Ich bin auch bereit, das notfalls noch einmal aufzuschreiben; das ist mir egal.

Ich will nur sagen, dass wir es am Anfang schreiben sollten. Denn die Konfliktkultur ist auch der Versuch, die Auseinandersetzungen, die wir beispielhaft vorhin angesprochen haben - Thema „Tagesspiegel“ -, zu beschreiben und aufzulösen. Deshalb müssen wir erst einmal sagen, was unser oberstes Ziel ist, was unsere Verantwortung ist. Darunter muss man schreiben, dass das bedeutet, dass sie lernen müssen, Mitverantwortung zu übernehmen, und die anderen müssen das, was sie gesagt haben - „Wir wollen uns verändern“ -, auch wahr machen. Dann kann man aus meiner Sicht die anderen Punkte ableiten.

Im Übrigen möchte ich nur sagen, es sind 40 Jahre, nicht 30 Jahre. Das erscheint mir nicht ganz unwichtig.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Vielen Dank, Herr Müller, für diesen Hinweis. - Herr Sommer, ich hatte Sie eben angesprochen, aber Ihnen keine Gelegenheit gegeben, ein Feedback zu geben, ob Sie dazu bereit wären. Sie sollten Gelegenheit haben, jetzt noch etwas dazu zu sagen.

Vorsitzender Jörg Sommer: Jawohl, ich mache das gerne, wir müssen es nur relativ zügig die Woche abwickeln, damit die Kommissionsmitglieder ein Chance haben, sich damit zu beschäftigen. Deshalb wäre ich Herrn Müller dankbar, wenn er ein bisschen Formulierungshilfe bei seinem Anliegen, das ich schon sehr genau mitgeschrieben habe, leistet.

Das Zweite, was ich mir aufgeschrieben habe - das ist textlich auch noch nicht eingepreist -, ist die Frage, Frau Glänzer, was mit Konflikten ist, die von außen an uns herangetragen werden. Ich würde mich gerne kurz über einen Grundgestus dazu mit Ihnen verständigen, und dann würde ich versuchen, es formulierungstechnisch umzusetzen. Der Grundgestus muss eigentlich heißen, wir nehmen uns als Gesamtkommission schon das Recht heraus, auch zu entscheiden, welche Konflikte, die von außen an uns herangetreten werden, wir nicht behandeln.

(Michael Müller: Das würde ich auch sagen!)

Also, wir sind hier nicht verantwortlich für jeden Konflikt, der von irgendeinem in der Republik als möglicherweise die Kommission tangierend definiert wird.

(Edeltraud Glänzer: Das haben wir schon ein Stück weit mit drin!)

- Ja, das haben wir schon ein Stück weit drin. Da schaue ich noch einmal, ob ich es schärfen kann, dass wir uns nicht verantwortlich fühlen dafür, Konflikte zu lösen, die wir nicht lösen können.

Vielmehr versuchen wir, Konflikte, auf die wir Einfluss nehmen können, zu deeskalieren, also nicht unbedingt zu lösen, sondern zu deeskalieren. Lösung ist immer der Königsweg.

(Michael Müller: Ich würde sagen, sozusagen am Ziel orientiert zu lösen!)

- Ja, genau. Wir versuchen, zu einer Lösung durch deeskalative Vorschläge beizutragen. Manche können wir lösen, wenn es hausgemachte sind, manche können wir nicht lösen; da sind wir realistisch. Das gilt aber immer vor dem Hintergrund, dass wir nicht nur über die Kommission, sondern auch über eine Prozedur im Verfahren reden. Da wird es genauso sein müssen.

Also die beiden Sachen habe ich notiert. Wenn es jetzt noch außer den 40 Jahren konkrete Dinge gibt, schreibe ich noch tüchtig mit.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Wenn jetzt sofort noch konkrete Hinweise gegeben werden können, dann sollten wir das jetzt tun. Ansonsten ist auch eine Möglichkeit gegeben, Ihnen das bilateral, Herr Sommer, zur Verfügung zu stellen, indem man eine kurze Mail schreibt und dann vielleicht auch einen konkreten Formulierungsvorschlag macht. Dann brauchen wir das hier nicht im Einzelnen zu diskutieren. - Herr Voges, Sie hatten sich gemeldet.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es bei der nächsten Kommissionssitzung im weitesten Sinne um das Thema gehen wird, das der Anlass war, diese Arbeitsgruppe einzurichten. Der Bundeswirtschaftsminister wird kommen, und es wird auch um die Frage der Finanzierung der Endlagerung gehen. Es wäre eigentlich ganz schön gewesen, gerade auch im Hinblick auf die Pressearbeit, die hier vorhin angesprochen worden ist, wenn man sozusagen so etwas wie eine Meinung der Kommission zu den dort angesprochenen Fragen hätte. Denn wenn man die nicht hat, muss man

die Befürchtung haben, dass am Ende der Minister in der Öffentlichkeit erwähnt wird, aber nicht die Kommission.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Voges, das sind wichtige Themen. Sie haben das Thema „Finanzierung“ angesprochen. Das ist nicht originäre Aufgabe unserer Arbeitsgruppe. Das hängt natürlich sehr stark mit den Klagen zusammen.

Ich hatte eingangs erwähnt, dass wir heute Morgen in der Arbeitsgruppe 2 dieses Thema auch angesprochen haben, und dort wird es behandelt. Das heißt, es ist auf der Agenda, und das ist auch kein Thema, das man mal so eben abräumen kann. Das wird wahrscheinlich eine umfangreichere Behandlung erfordern. Insofern wird das so kurzfristig gar nicht leistbar sein. Aber wenn wir zu dem hier diskutierten Ergebnis kämen, wäre das auch in Richtung Öffentlichkeit ein sehr starkes Signal, dass wir uns gerade mit dem Thema „Konfliktbewältigung“ intensiv beschäftigt haben und noch weiter beschäftigen werden.

Denn uns ist bewusst, dass das, was wir jetzt tun und auch künftig zu erledigen ist, im Zuge des Standortauswahlverfahrens wahrscheinlich hochgradig mit Konflikten verbunden sein wird. Umso besser ist es, wenn man Vorschläge machen kann, wie man dann vorgeht. Also das werden wichtige Botschaften nach draußen sein.

Vor diesem Hintergrund noch einmal die Frage: Gibt es noch weitere konkrete Formulierungsvorschläge oder Hinweise in Richtung der redaktionellen Überarbeitung? - Herr Müller.

Michael Müller: Wir sollten noch eine Frist nennen.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Herr Sommer, vielleicht lassen Sie einmal den weiteren Zeitablauf Revue passieren.

Vorsitzender Jörg Sommer: Ich dachte an heute Abend, 20 Uhr. Aber wenn das nicht funktioniert

- es sind nicht alle so gut mit Ressourcen ausgestattet wie ich -, würde ich sagen, dass konkrete Vorschläge möglichst morgen, aber wirklich spätestens am Mittwoch um die Mittagszeit herum vorliegen sollten. Denn ich würde sehr gerne das fertige Dokument mit der Bitte um Kenntnisnahme - das soll auch der Qualitätssicherung dienen - den Beteiligten zuschicken lassen.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Also morgen um 15 Uhr.

Vorsitzender Jörg Sommer: Morgen um 15 Uhr wäre gut. Dann könnten wir es morgen am späten Abend verschicken und 24 Stunden warten, bevor wir es dann in die Gesamtkommission geben.

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Darf ich fragen, ob alle damit einverstanden sind? - Das heißt, bis morgen haben Sie die Möglichkeit, Hinweise zur redaktionellen Überarbeitung zu geben. Danach wird Herr Sommer das freundlicherweise noch einmal einarbeiten und rundschieben, und dann hätten wir nach 24 Stunden ein Papier, das wir in Richtung der Kommission auf den Weg bringen könnten. Damit hätten auch die Kommissionsmitglieder Gelegenheit, das noch rechtzeitig zur Kenntnis zu nehmen und zu bewerten.

Meine Damen, meine Herren, ich habe den Eindruck, dass wir Tagesordnungspunkt 5 für heute erschöpfend behandelt haben. Gibt es zu Tagesordnungspunkt 5 noch Anmerkungen Ihrerseits? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 6 Verschiedenes

Vorsitzender Prof. Dr. Gerd Jäger: Unter Tagesordnungspunkt 6 ist nichts explizit in der Tagesordnung aufgeführt, aber eben ist schon die Frage angeklungen, wie es mit dieser Arbeitsgruppe weitergeht.

Dazu würde ich Ihnen folgenden Vorschlag machen: Wir haben jetzt einvernehmlich einen, wie

ich finde, wichtigen Zwischenschritt in der Arbeit dieser Arbeitsgruppe vereinbart, und ich denke, es wäre sinnvoll - das wäre der konkret Vorschlag -, zunächst einmal die Diskussion in der Kommission zu führen, das Feedback zu unserem Vorschlag aufzunehmen und dann unsere weitere Arbeit zu gestalten. Das heißt, danach sollten wir uns auf Termine und die Aktivitäten, die wir an den Terminen vorhaben, verständigen.

Wir könnten alternativ schon heute über Termine sprechen, aber ich hielte es für besser, in der Kommission das zu besprechen, was wir bisher besprochen und erarbeitet haben, und danach zu befinden, mit welcher Frequenz und mit welchen Themen wir uns in den dann festgelegten Terminen beschäftigen.

Einverstanden? - Ich entnehme dem Kopfnicken ein deutliches Ja. Dann darf ich mich ganz herzlich bedanken und Sie fragen, ob es noch weitere Punkte gibt.

(Zuruf: Dank sagen!)

- Ja, ich danke insbesondere Herrn Sommer, der uns mit diesem Konzept versorgt hat, das uns in die Lage versetzt hat, heute sehr konkret zu sprechen. Es ist sicherlich an einigen Punkten noch konkreter auszugestalten; das ist auch zum Tragen gekommen.

Ich darf mich bei Ihnen allen für die sehr konstruktive Diskussion bedanken, die wir heute geführt haben; ich finde, wir haben ein gutes Ergebnis gefunden.

Vielen Dank auch an die Stenografen und die Gäste für ihr Interesse.

Damit darf ich die Sitzung schließen und Ihnen einen guten Nachhauseweg wünschen. - Vielen Dank.

(Schluss: 16:48 Uhr)

Die Vorsitzenden

Prof. Dr. Gerd Jäger Jörg Sommer